



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 04/20 • 23.01.2020



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der

Europäischen Union

80

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Woche hatte die Landesvertretung leider mit technischen Problemen zu kämpfen, was einen pünktlichen Versand des Wochenspiegels verhindert hat. Aus diesem Grund kommt die 04. Ausgabe 2020 erst am heutigen Montag.

Thematisch stach in der vergangenen Woche hervor, dass die Europäische Kommission am 22. Januar 2020 ihre Vorstellungen zur Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas dargelegt hat. Das Europäische Parlament und der Rat arbeiten ebenfalls an ihren Beiträgen für die Konferenz zur Zukunft Europas.

Diese soll am 9. Mai 2020 beginnen und zwei Jahre laufen. Mit dem Vorhaben wird das Ziel verfolgt, der Meinung der Bürgerinnen und Bürger Europas beim Handeln der Europäischen Union und in der Art und Weise, wie diese funktioniert, stärker Gehör zu verschaffen. Die Kommission betrachtet die Konferenz als Forum, dessen Ausgangs- und Orientierungspunkt die Bevölkerung ist, an dem also Europäerinnen und Europäer aus allen geografischen Ecken der Union und nicht nur aus den Hauptstädten Europas teilnehmen können. Die Kommission verfolgt das Ziel, gemeinsam mit den anderen EU-Organen, dafür zu sorgen, dass die Ideen und Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger in die Politikgestaltung der EU einfließen. Dabei soll die Konferenz auf frühere Erfahrungen, z. B. mit Bürgerdialogen, aufbauen, aber auch vielfältige neue Elemente einführen, um die Reichweite zu vergrößern und den Menschen bessere Möglichkeiten zur Mitgestaltung künftiger EU-Maßnahmen zu geben.

Weitere Informationen finden Sie auf Seite 14.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
Wirtschaft

Wirtschaft



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
<ul style="list-style-type: none">• Europäische Kommission - Ilze Juhanzone ist neue Generalsekretärin• EU-Kommissar Breton kündigt europäische Datenstrategie für Februar an• Kommission fordert die Mitgliedstaaten zur Unterzeichnung der Konvention gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt auf• EU und Europäische Investitionsbank fördern Innovationen in der Raumfahrt• Europäisches Haus Berlin - Neuer Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	9
<ul style="list-style-type: none">• DiscoverEU ermöglicht dieses Jahr knapp 3.400 jungen Menschen aus Deutschland eine Entdeckungstour durch Europa• Millionenförderung für EU-Cybersicherheitsprojekte• Deutschland tritt der EU-Genom-Initiative bei• EU-Wettbewerbsaufsicht gibt deutsche „Sanierungsklausel“ frei• Magdeburg erhält Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	
<u>Was, wann, wo</u>	14
<ul style="list-style-type: none">• Konferenz zur Zukunft Europas: Stimme der Bürger soll mehr Gewicht bekommen	
<u>Ausschreibungen</u>	15
<ul style="list-style-type: none">• CEDEFOP – ReferNet — Europäisches Fachwissensnetzwerk des Cedefop zur Berufsbildung• KOM - Aufruf zur Interessenbekundung für die Auswahl eines Mitglieds des Europäischen Fiskalausschusses• ERASMUS+ Mobilitätsprojekt - Lehrerfortbildung im europäischen Ausland• Internationale Projekte im Jugendbereich - Aufruf für „Capacity Building in the Field of Youth“• Jan-Amos-Comenius-PREIS - Wettbewerb für hervorragenden Unterricht über die EU• Praktikum bei der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission	
<u>Kontaktbörse</u>	18
<ul style="list-style-type: none">• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	21
<ul style="list-style-type: none">• Neu in der LV - Martina Denck, Hospitantin• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	25
<u>Impressum</u>	26



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Kommission - Ilze Juhansone ist neue Generalsekretärin

Auf Vorschlag von Präsidentin von der Leyen ist Ilze Juhansone, die derzeit mit der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte des Generalsekretärs der Europäischen Kommission beauftragt ist, am 15. Januar mit sofortiger Wirkung zur neuen Generalsekretärin der Kommission ernannt worden.

Ilze Juhansone wird die achte Generalsekretärin der Europäischen Kommission sein, die diesen Posten bekleidet. Sie war seit Oktober 2015 stellvertretende Generalsekretärin der Kommission und als solche für interinstitutionelle Angelegenheiten und Außenbeziehungen zuständig.

Ilze Juhansone trat im Jahr 2008 in den lettischen Außendienst ein und diente dort unter anderem als Unterstaatssekretärin und als Leiterin der für EU-Angelegenheiten zuständigen Direktion. Ab März 2011 war sie ständige Vertreterin Lettlands bei der Europäischen Union. Vor ihrer Tätigkeit im lettischen Außenministerium bekleidete Ilze Juhansone verschiedene Führungspositionen im lettischen Innen- bzw. Justizministerium.

Am 4. Mai 2014 wurde Ilze Juhansone der Drei-Sterne-Orden III. Klasse der Republik Lettland verliehen. Während des ersten lettischen EU-Ratsvorsitzes leitete Botschafterin Juhansone die ständige Vertretung Lettlands bei der EU in Brüssel.

Ilze Juhansone hat an der Fakultät für Philologie der Universität von Lettland als Dozentin für lettische Sprache und Literatur graduiert sowie einen Hochschulabschluss an der juristischen Fakultät erworben.

Präsidentin von der Leyen sagte: „Seit meiner Ankunft im vergangenen Sommer hat Ilze Juhansone sich als hochkompetent und sachkundig erwiesen. Mit ihrer umfassenden Erfahrung in der Kommission, ihren Führungs- und Managementfähigkeiten sowie ihren ausgezeichneten Verbindungen zu den Mitgliedstaaten und anderen europäischen Institutionen wird sie eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung unserer Agenda spielen. Ich freue mich sehr auf die künftige Zusammenarbeit mit ihr.“

Das Generalsekretariat trägt zur Steuerung der Politikentwicklung durch das Kollegium bei und unterstützt die gesamte Kommission durch die Koordinierung und Leitung ihres öffentlichen Dienstes. Als Hauptdienst der Präsidentin koordiniert es seine Arbeit eng mit den anderen Diensten der Präsidentin und den zentralen Dienststellen, die zusammen mit dem Generalsekretariat für das reibungslose Funktionieren der Kommission sorgen. Im Einvernehmen mit der Präsidentin berät und unterstützt das Generalsekretariat auch die Vizepräsidenten bei der Wahrnehmung ihrer Rolle als Stellvertreter der Präsidentin und als Koordinatoren der von der Präsidentin eingerichteten Kommissarsgruppen und Projektteams. Die Stellenausschreibung für den Posten des Generalsekretärs bzw. der Generalsekretärin wurde am 5. Dezember 2019 veröffentlicht. Alle amtierenden Generaldirektoren und stellvertretenden Generaldirektoren wurden eingeladen, sich für diesen Posten zu bewerben. Das Auswahlverfahren wurde nach Maßgabe der Regeln und Praktiken der Europäischen Kommission für die Auswahl und Ernennung von Führungskräften in der Kommission durchgeführt.

Drei Beamte bewarben sich für den Posten des Generalsekretärs und wurden vom Beratenden Ausschuss für Ernennungen zu Bewerbungsgesprächen eingeladen. Im Anschluss



an diese Gespräche wurden alle drei Bewerber zu weiteren Gesprächen mit Präsidentin von der Leyen und Johannes Hahn, EU-Kommissar für Haushalt und Personal, eingeladen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen: [CV Ilze Juhansone](#)

EU-Kommissar Breton kündigt europäische Datenstrategie für Februar an

Europa kann bei der Nutzung und Verarbeitung von Daten an der Weltspitze mithalten. Das sagte Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt am Sonntag auf bei der Digitalkonferenz DLD in München. „Wir sitzen auf einem enormen Schatz von nicht-personenbezogenen Daten, von europäischen Daten, die wir für die europäische Wirtschaft verfügbar machen wollen“, so Breton. Der Wettlauf im Kampf um die Daten sei nicht verloren. Noch im Februar werde die EU-Kommission die **erste europäische Datenstrategie** vorstellen.

Alle 18 Monate verdopple sich das Volumen der weltweit produzierten Daten, so Breton. Heute produziere die Menschheit etwa 40 Zettabyte an Daten, das sind in Zahlen 40.000.000.000.000.000.000 Bytes. „Am Ende des Mandats dieser Kommission wird es 175 Zettabyte an Daten auf dem Planeten geben.“ Im Jahr 2025 werde das meiste davon nicht mehr von Menschen generiert, sondern von Maschinen und Gegenständen. „Das birgt ein großes Wachstumspotential für Europa, das den größten Industriemarkt der Welt hat“, unterstrich Breton und formulierte sein Ziel: Europa zu einem „globalen Datenhub“ zu machen, was der gesamten europäischen Wirtschaft zugutekomme – von Start-ups über KMUs bis zu großen Unternehmensgruppen – und natürlich auch den Bürgerinnen und Bürgern.

Diese Datenmenge sei die Basis der europäischen Künstlichen Intelligenz (KI), „einer künstlichen Intelligenz, der man trauen kann, innerhalb eines Rahmens von Werten und Regeln, zu denen auch die Datenschutzgrundverordnung zählt“, so Breton. KI basiere zuallererst auf Daten. Und deshalb sei, so der Kommissar, eine ethische KI ohne Daten, ohne präzise Regeln und Werte, insbesondere in Bezug auf Transparenz, undenkbar.

Heute noch liegen 80 Prozent der Daten in Rechenzentren und nur 20 Prozent in vernetzten Autos oder Smartphones beispielsweise. 2025 wird sich das Verhältnis umkehren, in eine Post-Cloud Ära mit mehr als 80 Millionen vernetzten Geräten auf dem Planeten. Und dafür brauche es neue Infrastrukturen, unter anderem 5G.

Europa habe alles, um die Führung bei 5G zu übernehmen, so der Kommissar. Europa habe die Hälfte aller Patente in der Welt zu 5G und einige der weltweit erfolgreichsten Hersteller befinden sich in Europa. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Mitschnitt der Rede auf [Europa by Satellite](#)



Kommission fordert die Mitgliedstaaten zur Unterzeichnung der Konvention gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt auf

Die Kommission will Prävention und Schutz vor Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz stärken und die Ratifizierung des Vertrags der Internationale Arbeitsorganisation (IAO) gegen Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz in den Mitgliedstaaten voranbringen. Nicolas Schmit, Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, sagte: „Das neue Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ist ein dringend benötigtes internationales Instrument zum Schutz des Rechts eines jeden auf einen Arbeitsplatz, der frei von Gewalt und Belästigung ist. Nach seiner Verabschiedung wird dieser Beschluss die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, eine Vorreiterrolle bei der Ratifizierung und Umsetzung des Übereinkommens zu übernehmen.“

Helena Dalli, Kommissarin für Chancengleichheit, fügte hinzu: „Gewalt gegen Frauen am Arbeitsplatz betrifft uns alle - die Opfer natürlich am meisten, aber auch die Kollegen und Teams um sie herum. Die Internationale Konvention ist die rechtliche Lösung, die sicherstellt, dass Frauen und Männer nicht unter Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz leiden. Ich ermutige die Mitgliedstaaten, diese Konvention zu ratifizieren. Wir alle müssen unseren Teil dazu beitragen, einen echten Wandel bei der Gleichstellung der Geschlechter herbeizuführen.“

Das Übereinkommen, das im Juni 2019 zum hundertjährigen Jubiläum der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) angenommen wurde, ist das erste internationale Instrument, das globale Standards für arbeitsbedingte Belästigung und Gewalt festlegt. Es erkennt an, dass Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz eine Menschenrechtsverletzung oder -missbrauch sein kann, die eine Bedrohung der Chancengleichheit darstellt und zielt auf den Schutz von Arbeitnehmern und Angestellten ab, unabhängig von ihrem vertraglichen Status.

Die IAO (Internationale Arbeitsorganisation – englisch: ILO (International Labour Organisation)) ist eine Sonderorganisation der UN, die in Genf tagt. In ihr sind Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften aus 187 Ländern zusammengeschlossen. Bevor das Übereinkommen in Kraft tritt, muss es von den teilnehmenden Staaten ratifiziert werden. Die Union kann das Übereinkommen nicht ratifizieren, da nur Staaten Parteien des Übereinkommens sein können. Daher sollen die Mitgliedstaaten ermächtigt werden, die in die Zuständigkeit der Europäischen Union fallenden Teile des Übereinkommens zu ratifizieren. Dazu gehören die unter den sozialpolitischen Besitzstand der Union fallenden Teile im Bereich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und der Gleichstellung von Männern und Frauen in Beschäftigung und Beruf. Einige Bestimmungen des Übereinkommens fallen unter den Besitzstand der Union auf dem Gebiet der Nichtdiskriminierung.

Laut der von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte durchgeführten [Umfrage über Gewalt gegen Frauen](#) gab jede zweite Frau in der EU an, seit ihrem 15. Lebensjahr mindestens einmal in irgendeiner Form sexuell belästigt worden zu sein. Von allen sexuellen Belästigungen war in 32 Prozent der gemeldeten Fälle stammte der Täter aus dem beruflichen Umfeld (Kollege, Chef oder Kunde). • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

[Daily News vom 22. Januar 2020](#)

[Website der IAO zum Übereinkommen](#)



EU und Europäische Investitionsbank fördern Innovationen in der Raumfahrt

Die Europäische Kommission hat am 21. Januar zusammen mit der Europäischen Investitionsbank Investitionen in Höhe von 200 Mio. Euro in den EU-Raumfahrtsektor angekündigt. Damit sollen bahnbrechende Innovationen in der Branche unterstützt werden. Während der [12. Europäischen Weltraumkonferenz](#) in Brüssel unterzeichnen die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Ariane-Gruppe eine Vereinbarung zur Bestätigung eines Darlehens von 100 Mio. Euro für das neue Ariane-6-Trägerraketenprogramm. Darüber hinaus kündigen die Kommission und der Europäische Investitionsfonds (EIF) gemeinsam das erste EU-geförderte „InnovFin Space Equity“- Pilotprojekt und den ersten raumfahrtorientierten Technologiefonds an.



Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend sagte: „Unser Engagement für die Unterstützung von Raumfahrtforschung und -innovation zeigt, dass wir Europa an die Spitze der Entwicklung von Raumfahrttechnologien bringen wollen. Die von der EU unterstützten Finanzinstrumente ermöglichen es unseren Finanzpartnern, der Europäischen Investitionsbank und dem Europäischen Investitionsfonds, in risikoreichere Bereiche zu investieren und andere Investitionen aus dem öffentlichen und privaten Sektor

hinzuzuziehen. Für unsere europäischen Raumfahrtforscher, Innovatoren und Unternehmer ist der Zugang zu Finanzmitteln der Schlüssel für ihren Erfolg.“

Binnenmarktkommissar Thierry Breton wies darauf hin, dass diese Investitionen für Europa einen Umbruch bei der Unterstützung der europäischen Raumfahrtindustrie darstellen: „Erstens begrüße ich nachdrücklich das von der EIB gewährte Darlehen für das Ariane-6-Projekt, das zentral dafür ist, einen eigenen europäischen Zugang zum Weltraum zu gewährleisten. Zweitens setzen wir mit „InnovFin Space“ ein klares Signal, dass das Raumfahrtgeschäft in Europa eine attraktive Chance ist.“ Dies sei eine entscheidende Initiative zur Entwicklung europäischer Raumfahrt-Start-ups, fügte Breton hinzu.

Das „InnovFin Space Equity Pilot“ ist ein 100 Mio. Euro umfassendes Programm im Rahmen von „[InnovFin](#)“ (EU-Mittel für Innovationen), das speziell Innovation und Wachstum europäischer KMU im Bereich der Raumfahrttechnologien unterstützt.

Von den Diensten, die die EU-Raumfahrtprogramme ermöglichen, profitieren bereits jetzt Millionen Menschen. Raumfahrt ist ein Zukunftsmarkt, in dem auch europäische Unternehmen eine gute Chance haben. Firmen wie Airbus oder OHB in Bremen setzten bereits viele Milliarden Euro in der Raumfahrt um. Ein Teil der Wirtschaftsleistung in der EU hängt inzwischen auch von funktionierenden Navigationsatelliten ab.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 21. Januar 2020](#)

[EIB-Pressemitteilung: European Commission and EIB Group join forces to boost space sector investment with EUR 200 million of financing](#)



Europäisches Haus Berlin - Neuer Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments

Georg Pfeifer leitet seit Januar das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland mit Sitz in Berlin. Er wechselt aus Wien, wo er seit 2010 das EP-Verbindungsbüro in Österreich leitete. Der 49-jährige Österreicher studierte in Innsbruck, Wien, Lüttich und Brüssel Politikwissenschaft und deutsche Philologie. Anschließend absolvierte er ein Postgraduate-Studium am Europakolleg in Brügge. Seine erste berufliche Station im Europäischen Parlament führte ihn 1996 als Referenten in den Ausschuss für Regionalpolitik (REGI), später arbeitete er in den Sekretariaten des Ausschusses für Regionalpolitik, Verkehr und Tourismus (RETT), des Umweltausschusses (EnVI) und des nichtständigen Ausschusses „Verbesserung der Sicherheit auf See“ (MARE).

Georg Pfeifer folgt mit seiner neuen Aufgabe in Berlin auf Frank Piplat, der viele Jahre das deutsche EP-Verbindungsbüro geleitet hat. Piplat seinerseits übernimmt die Leitung des EP-Verbindungsbüros in Wien. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 01/2020*

[Das Verbindungsbüro des EU-Parlaments in Deutschland](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

DiscoverEU ermöglicht dieses Jahr knapp 3.400 jungen Menschen aus Deutschland eine Entdeckungstour durch Europa

Mit dem Travel-Pass von [DiscoverEU](#) können in diesem Jahr 20.000 18-Jährige, davon 3.386 aus Deutschland, auf Reisen gehen. Von den insgesamt 75.000 Bewerbungen in der aktuellen Auswahlrunde kamen 10.823 aus Deutschland. Die künftigen Globetrotter können zwischen dem 1. April und dem 31. Oktober 2020 einen Monat lang Europa entdecken.

Die erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerber werden nun benachrichtigt und können mit der Planung ihrer Reise beginnen. In der Regel sind sie mit der Eisenbahn unterwegs; daneben sind Bus, Fähre oder in Ausnahmefällen das Flugzeug ebenfalls eine Option, damit auch junge Menschen aus entlegeneren Gebieten unseres Kontinents teilnehmen können. Mit dem Travel-Pass erhalten die Teilnehmer auch Unterstützung und Anleitung, etwa zum nachhaltigen Reisen. Auf Wunsch können sie [DiscoverEU-Botschafter](#) werden und über ihre Erfahrungen berichten. Ausdrücklich erwünscht ist, dass sie über die sozialen Medien Kontakt zu Gleichgesinnten aufnehmen und sich mit ihnen austauschen.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind im Sommer herzlich zu den [DiscoverEU-Treffs](#) an verschiedenen Orten in ganz Europa eingeladen. Bei den Treffen geht es inhaltlich um ein nachhaltiges grünes Europa – das DiscoverEU-Motto für 2020. Thema sind in diesem Zusammenhang auch Freiwilligentätigkeiten und die Planung einer grünen Reiseroute für junge Menschen.



DiscoverEU wurde von der Kommission im Juni 2018 auf Vorschlag des Europäischen Parlaments aus der Taufe gehoben. In den ersten drei Bewerbungsrunden erhielten rund 50.000 junge Menschen die Möglichkeit, quer durch Europa zu reisen. Die Auswahl erfolgt aufgrund bestimmter [Vergabekriterien](#) und spezifischer Länderquoten. Für 2020 hat das Europäische Parlament 25 Mio.

Euro für DiscoverEU bereitgestellt. Die nächste Bewerbungsrunde und weitere Aktualisierungen werden auf dem [Europäischen Jugendportal](#) angekündigt.

Seit 2018 haben sich fast 350.000 junge Menschen um eines der 70.000 Reise-Tickets beworben. Aufgrund des großen Interesses an DiscoverEU will die Kommission die Initiative mithilfe von Rückmeldungen der Reisenden und der wichtigsten Interessenträger weiter verbessern. Bisher ist das Echo sehr positiv. DiscoverEU wird als wertvolle Lernerfahrung empfunden, die zu mehr Bürgerbeteiligung, persönlicher Weiterentwicklung und zum Erwerb neuer Fähigkeiten führt. Reisen macht junge Menschen selbstbewusster und fördert darüber hinaus die Sprachkenntnisse, das interkulturelle Bewusstsein und das Einfühlungsvermögen. Es ist auch ein guter Test für die eigene Belastbarkeit, das Organisationstalent und die Fähigkeit, Probleme zu lösen.

Nicht unerheblich ist, dass zwei Drittel der Teilnehmer angaben, DiscoverEU habe ihnen die Reise finanziell überhaupt erst ermöglicht. So konnten einige zum ersten Mal ohne Eltern oder Erziehungsberechtigte verreisen.

Im Mai 2018 hat die Kommission angeregt, DiscoverEU in das [künftige Erasmus-Programm](#) 2021-2027 aufzunehmen. Sollten das Europäische Parlament und der Rat diesem Vorschlag



zustimmen, könnten in Zukunft erneut Hunderttausende 18-Jährige von dieser Initiative profitieren. • *eag Quelle: PM KOM*
(siehe auch WS 03 ; 19 ; 24 und 41 aus 2019)

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: DiscoverEU: Auch 2020 wieder 20 000 junge Menschen auf Entdeckungstour durch Europa](#)

Millionenförderung für EU-Cybersicherheitsprojekte

Zwei EU-Projekte, bei denen unter anderem Polen, Österreich, Estland, Luxemburg und die EU-Cybersicherheitsagentur zusammenarbeiten, sollen die Cybersicherheit in der EU stärken



und die Zusammenarbeit im Kampf gegen Cyberbedrohungen verbessern. Die EU-Kommission hat am 15. Januar die Millionenförderung aus der [Connecting Europe Facility](#) bekannt gegeben.

Ein Zuschuss von 2 Mio. Euro wird für ein Projekt zur Unterstützung der Weiterentwicklung von [MeliCERTes](#) bereitgestellt, einem Netzwerk von Einsatzteams (CSIRTs) in den EU-Mitgliedstaaten, die auf Sicherheitsvorfälle in Netzen und Informationssystemen reagieren. In diesem Zusammenhang werden Warnzentren aus Polen, Österreich,

Estland und Luxemburg eng mit der EU-Cybersicherheitsagentur zusammenarbeiten, um die offene MeliCERTes-Plattform zu pflegen, die die Zusammenarbeit dieser Teams in der gesamten EU unterstützt.

[Das zweite Projekt](#) erhält 1,5 Mio. Euro und konzentriert sich auf die Zusammenarbeitsmechanismen der so genannten ISACs. Das sind Zentren, die Informationen über Cyber-Bedrohungen bereitstellen und einen wechselseitigen Austausch von Informationen zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor über Ursachen, Vorfälle und Bedrohungen sowie den Austausch von Erfahrungen, Wissen und Analysen ermöglichen. Mit dem Projekt werden ISACs eingerichtet, die eine Reihe von Diensten abdecken, die in der [Richtlinie über die Netz- und Informationssicherheit](#) definiert sind, und zwar in Bereichen wie Gesundheit, Wasser, digitale Infrastruktur und Verkehr.

Die EU investiert mehr als 60 Mio. Euro, die Fähigkeiten der EU im Bereich der Internetsicherheit zu stärken, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verbessern und wirksamer gegen Internet-Bedrohungen und -Vorfälle vorzugehen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie in den [Daily News](#)

Deutschland tritt der EU-Genom-Initiative bei

Deutschland ist am 16. Januar als 21. EU-Mitgliedstaat der EU-Genom-Initiative beigetreten. Diese Initiative ermöglicht es den Gesundheitsbehörden in der gesamten EU, Genomdaten auf sichere Weise auszutauschen und bei der Krankheitsvorbeugung, der Entwicklung personalisierter Behandlungen sowie der Erstellung großer Datensätze für die medizinische Forschung zusammenzuarbeiten. Ein Genom ist die Gesamtheit der Erbanlagen eines Lebewesens.



Genomische Sequenzierungsdatensätze sind heute in vielen EU-Mitgliedstaaten sowohl im Rahmen nationaler Genomikstrategien als auch im Rahmen bestehender Forschungs-initiativen und -projekte verfügbar, aber sie sind verstreut und meist nicht miteinander verbunden. Durch die Verknüpfung dieser Datensätze und ihre sichere Zugänglichkeit wird eine größere Kohorte von Genomdaten geschaffen, die die Erforschung innovativer Lösungen für die Präzisionsmedizin und die öffentliche Gesundheit

erleichtern wird. Prävention ist ein Schlüsselfaktor sowohl für die Gesundheit der Bürger als auch für die Kosteneffizienz und Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme.

Die Kooperationserklärung „Eine Million Genome“, mit der eine Forschungskohorte von mindestens einer Million Genomsequenzen aufgestellt werden soll, wurde im April 2018 veröffentlicht. Die Initiative steht den EU-, EWR- und EFTA-Ländern offen und wurde bisher von 21 Mitgliedstaaten und Norwegen unterzeichnet. Sechs Länder sind offizielle Beobachter: Belgien, Frankreich, Dänemark, Irland, Polen und die Schweiz.

Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, Mechanismen zu schaffen, mit denen Genomdatenbanken mit sequenzierten Genomen in ganz Europa zu Analysezwecken abgerufen und miteinander verknüpft werden können, und zwar mit einem robusten Verwaltungsmodell und in voller Übereinstimmung mit den Datenschutzvorschriften.

Die Initiative ist Teil der EU-Agenda für die digitale Transformation des Gesundheits- und Pflegewesens. Ihr Ziel ist es, zu besseren Ergebnissen im Gesundheitswesen beizutragen und die langfristige Nachhaltigkeit der Gesundheits- und Versorgungssysteme in der EU zu unterstützen, indem das Potenzial neuer digitaler Technologien, wie Großdatenanalyse, künstliche Intelligenz und Hochleistungsrechner, genutzt wird. Sie trägt direkt zur Umsetzung wichtiger politischer Prioritäten bei, wie dem Europäischen Raum für Gesundheitsdaten und dem Plan der Kommission, den Krebs zu besiegen.

Die Genomik hat das Potenzial, das Gesundheitswesen in vielerlei Hinsicht zu revolutionieren. Sie könnte zur Entwicklung gezielter personalisierter Medikamente, Therapien und Interventionen führen. Außerdem könnte sie eine bessere Diagnose ermöglichen, die Prävention fördern und die knappen Ressourcen effizienter nutzen. Ob Krebs, Rückenerkrankungen, hirnverwandte Krankheiten oder Prävention - die Genomik kann verschiedene Gesundheitszustände der EU-Bürger erheblich verbessern.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News](#)

[Informationen zur Initiative](#)

[Infografik](#)

EU-Wettbewerbsaufsicht gibt deutsche „Sanierungsklausel“ frei

Die Europäische Kommission ist zu dem Schluss gekommen, dass die „Sanierungsklausel“, eine deutsche Steuervergünstigung für notleidende Unternehmen, keine staatliche Beihilfe im Sinne der EU-Vorschriften darstellt. Die Sanierungsklausel ermöglicht es einem notleidenden



Unternehmen, Verluste in einem bestimmten Jahr mit Gewinnen in zukünftigen Jahren zu verrechnen, trotz Veränderungen in der Aktionärsstruktur.

Die Entscheidung folgt auf Urteile des Europäischen Gerichtshofs (Fälle [C-203/16 P](#), [C-208/16 P](#), [C-209/16 P](#), [C-219/16 P](#)), der 2018 eine Entscheidung der Kommission über staatliche Beihilfen aus dem Jahr [2011](#) für nichtig erklärte. Um diese Urteile umzusetzen, hat die Kommission die Maßnahme anhand eines breiteren Bezugsrahmens bewertet, einschließlich der Vorschriften des deutschen Rechts, die es Unternehmen generell erlauben, Verluste für steuerliche Zwecke vorzutragen.

Die EU-Wettbewerbsaufsicht kam zu dem Schluss, dass die Sanierungsklausel nicht von diesen allgemeinen Regeln abweicht und daher notleidenden Unternehmen keinen selektiven Vorteil gegenüber anderen Unternehmen verschafft. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Fallregister zur „Sanierungsklausel“](#)

Pressemitteilung von Mittwoch, 15. Januar 2020 Landeshauptstadt Magdeburg

Mehr als 6,5 Millionen Euro für die Sanierung des Kunstmuseums Kloster Unser Lieben Frauen - Oberbürgermeister nimmt zwei Zuwendungsbescheide entgegen

Die Landeshauptstadt Magdeburg erhält mehr als 6,5 Millionen Euro für eines ihrer bedeutendsten und ältesten Gebäude: das Kloster Unser Lieben Frauen. Das Geld stammt aus dem **EFRE-Fonds** und dient der Verbesserung der Präsentation und nachhaltigen Nutzung des kulturellen Erbes Sachsen-Anhalts. Die Bewilligungsbescheide über die Zuwendungen bekam Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper vor Ort von Staats- und Kulturminister Rainer Robra überreicht. Danach führte Dr. Annegret Laabs, Leiterin des im Kloster befindlichen Kunstmuseums der Stadt, die Anwesenden durch das historisch bedeutsame Gebäude und die Sammlung.

Die bewilligten Zuschüsse stammen aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und werden für zwei Bauvorhaben genutzt: Zum einen sollen der Nordflügel des Kunstmuseums und zum anderen der Innenraum der Klosterkirche bzw. Konzerthalle saniert und für Besucher*innen aufgewertet werden.

Insgesamt stehen für die Sanierung des Nordflügels des ehemaligen Klosters rund 4,3 Millionen Euro zur Verfügung; 3,4 Millionen Euro trägt das Land Sachsen-Anhalt, die verbliebene Summe die Landeshauptstadt Magdeburg. Bis Ende 2021 sollen mit den bewilligten Fördermitteln der gesamte, teils desolate Zustand des obersten Tonnengewölbes beseitigt sowie das Dachgeschoss und der so genannte "Olymp" umfassend saniert und aufgewertet werden. Ferner sollen die derzeit nicht öffentlich zugänglichen Bereiche im Dach des Nordflügels und dem sich angrenzenden "Olymp" für den Besucherverkehr erschlossen werden.

Für die Instandsetzung des Innenraums der Klosterkirche bzw. der Konzerthalle stehen dem Kunstmuseum insgesamt 4 Millionen Euro zur Verfügung: Das Land Sachsen-Anhalt beteiligt sich daran mit 3,1 Millionen Euro, die Landeshauptstadt übernimmt einen Eigenanteil von



rund 926.000 Euro. Im bewilligten Projektzeitraum sollen der Innenraum der gesamten ehemaligen Klosterkirche grundlegend saniert und die mittelalterlichen Gebäudeoberflächen wiederhergestellt werden. Auch das im 2. Weltkrieg zerstörte, fehlende Gewölbe über dem Ostchor soll rekonstruiert und die Westempore für den Besucherverkehr erschlossen werden. Im Ergebnis wird damit der komplette Raumeindruck des 13. Jahrhunderts wiederhergestellt.

Die Förderung durch die Europäische Union bezweckt die Erhaltung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes als wesentliches Element der Identität einer Stadt oder Region. Durch die Maßnahmen sollen die Stadt und ihre Kulturgüter für Bürger*innen und Tourist*innen nachhaltig attraktiver gemacht und eine Erhöhung der Besucherzahlen generiert werden.

Hintergrund zum Kloster Unser Lieben Frauen Das Kloster Unser Lieben Frauen wurde um 1015 bis 1018 durch den Magdeburger Erzbischof Gero gegründet. Der Nordflügel des Gebäudekomplexes wurde im 12. Jahrhundert erbaut. Mittelpunkt der Anlage bildet der 48 Meter lange Refektoriumssaal im oberen Tonnengewölbe, der zu einer der bedeutendsten und größten erhaltenen Räume der Romanik zählt.

Seit 1960 gehört der Gebäudekomplex um die ehemalige Klosterkirche zu den Museen Magdeburgs und beherbergt das Kunstmuseum der Landeshauptstadt. In den drei übereinanderliegenden Tonnengewölben ist seit 1975 die Sammlung zeitgenössischer Kunst untergebracht. Zudem wird die Klosterkirche auch als Konzerthalle genutzt sowie für besondere Kunstausstellungen.

Kontaktdaten:

Landeshauptstadt Magdeburg
Büro des Oberbürgermeisters
Team Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Alter Markt 6
39104 Magdeburg
Telefon: (03 91) 5 40 27 69, -2717
FAX: (03 91) 5 40 21 27
E-Mail: presse@magdeburg.de



Weitere Informationen unter:

<http://www.magdeburg.de>
<http://www.facebook.com/Landeshauptstadt.Magdeburg>
<http://twitter.com/Ottostadt>



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Konferenz zur Zukunft Europas: Stimme der Bürger soll mehr Gewicht bekommen

Die Europäische Kommission hat am 22. Januar ihre Ideen zur Konferenz zur Zukunft Europas vorgestellt. Ziel des Projekts ist es, dass die Stimme der Europäer beim Handeln der Europäischen Union besser gehört wird. Die Konferenz soll auf früheren Erfahrungen, zum Beispiel mit Bürgerdialogen, aufbauen. Die Kommission schlägt aber auch neue Elemente vor, wie etwa eine mehrsprachige Online-Plattform, um die Reichweite zu vergrößern und den Menschen bessere Möglichkeiten zur Mitgestaltung zu geben. Inhaltlich sollten sich die Debatten an den politischen Prioritäten der EU wie Klimawandel und soziale Gerechtigkeit orientieren. Zudem sollten auch institutionelle Fragen wie das Spitzenkandidaten-System diskutiert werden. Beginnen soll die Konferenz am Europatag, also **am 9. Mai 2020** - 70 Jahre nach der Unterzeichnung der Schuman-Erklärung und 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Sie soll für zwei Jahre laufen.

Die Mitteilung ist der Beitrag der Kommission zu der bereits lebhaft geführten Debatte rund um die Konferenz zur Zukunft Europas – ein Projekt, das Präsidentin Ursula von der Leyen in ihren politischen Leitlinien angekündigt hatte. Die Konferenz soll offene, inklusive, transparente und strukturierte Debatten mit Bürgern unterschiedlichen Hintergrunds und aus sämtlichen Gesellschaftsschichten ermöglichen. Die Kommission ist entschlossen, die Ergebnisse weiterzuverfolgen.

Die Kommission schlägt zwei parallele Themenbereiche für die Debatten vor. Beim ersten liegt der Schwerpunkt auf den Prioritäten und anzustrebenden Zielen der EU. Dazu gehören die Bewältigung des Klimawandels und der Umweltprobleme, eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, der digitale Wandel Europas, die Förderung unserer europäischen Werte, die Stärkung der Stimme der EU in der Welt sowie die Festigung der demokratischen Grundlagen der Union. Beim zweiten Themenbereich sollte der Schwerpunkt auf Fragen mit besonderer Bedeutung für demokratische Prozesse und institutionelle Fragen liegen. Hier sind insbesondere das Spitzenkandidaten-System und die länderübergreifenden Listen für die Wahlen zum Europäischen Parlament zu nennen.

Die Kommission betrachtet die Konferenz als Forum, dessen Ausgangs- und Orientierungspunkt die Bevölkerung ist, an dem also Bürgerinnen und Bürger aus allen Ecken der Union und nicht nur aus den Hauptstädten Europas teilnehmen können. Andere EU-Institutionen, die nationalen Parlamente, die Sozialpartner, regionale und lokale Behörden sowie die Zivilgesellschaft sind eingeladen, sich daran zu beteiligen. Eine mehrsprachige Online-Plattform wird die Transparenz der Debatte gewährleisten und eine breitere Beteiligung fördern. Die Kommission will, gemeinsam mit den anderen EU-Organen, so wirksam wie möglich dafür sorgen, dass die Ideen und Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger in die Politikgestaltung der EU einfließen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas
Fragen und Antworten](#)



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	CEDEFOP Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — GP/DSI/ReferNet_FPA/001/20 ReferNet — Europäisches Fachwissensnetzwerk des Cedefop zur Berufsbildung
Fundstelle: Abl.	C 13 vom 15. Janua 2020 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2020:013:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	14. Februar 2020
Antragsunterlagen:	Ausführliche Informationen über die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, das Antragsformular und die zugehörigen Anhänge sind ab Mitte Januar 2020 auf der Website des Cedefop unter folgender Adresse verfügbar: https://www.cedefop.europa.eu/de/about-cedefop/public-procurement

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufruf zur Interessenbekundung für die Auswahl eines Mitglieds des Europäischen Fiskalausschusses
Fundstelle: Abl.	C 13 vom 15. Janua 2020 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2020:013:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	14. Februar 2020
Antragsunterlagen:	Interessenten müssen ihre Bewerbung in elektronischer Form an folgende Adresse der Europäischen Kommission richten: EFB-Secretariat@ec.europa.eu . Wenn Sie weitere Auskünfte benötigen, wenden Sie sich bitte per E-Mail (EFB-Secretariat@ec.europa.eu) oder Telefon (+32 22962851) an das Sekretariat des Ausschusses.

ERASMUS+ Mobilitätsprojekt - Lehrerfortbildung im europäischen Ausland

Die Leitaktion 1 des EU-Programms Erasmus+ bietet pädagogischen Fachkräften und Schulpersonal die Möglichkeit, sich im europäischen Ausland fortzubilden und neue Eindrücke zu sammeln. Dabei sollte bereits bei der Beantragung eine konkrete Projektidee vorgelegt werden – also, zu welchen Themen und in welchen Bereichen soll die Einrichtung durch europäische Lehrerfortbildungen weiterentwickelt werden: Elternarbeit, Inklusion, bilingualer Unterricht, Digitalisierung oder etwas ganz anderes? Wo werden Verbesserungsmöglichkeiten oder Handlungsbedarf gesehen?





noch bis zum 5. Februar 2020 können Schulen und vorschulische Einrichtungen in Deutschland entsprechende Anträge einreichen. Das Antragsformular steht bereits online zur Verfügung. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 01/2020*

[In fünf Schritten](#) zum Erasmus+ Mobilitätsprojekt

Internationale Projekte im Jugendbereich - Aufruf für „Capacity Building in the Field of Youth“

Über die zentrale Aktion „capacity Building in the Field of Youth“ fördert das EU-Programm Erasmus+ internationale Kooperationsprojekte im Jugendbereich zwischen Programmländern und Partnerländern aus unterschiedlichen Regionen der Welt. Förderfähige Aktivitäten sind zum Beispiel Konferenzen, Workshops und Treffen zur Förderung des politischen Dialogs, der Zusammenarbeit und der Vernetzung, Informations- und Sensibilisierungskampagnen oder auch Mobilitätsmaßnahmen wie Jugendbegegnungen, Fachkräftemaßnahmen sowie Freiwilligenaktivitäten im Austausch mit förderfähigen Partnerländern.

Die Antragstellung läuft über die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur in Brüssel. Die **Antragsfrist endet am 5. Februar 2020** um 17.00 Uhr.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 01/2020*

[Weitere Informationen](#) zum Programm

16

Jan-Amos-Comenius-PREIS - Wettbewerb für hervorragenden Unterricht über die EU

Die Europäische Kommission hat zum ersten Mal einen EU-weiten Wettbewerb für qualitativ hochwertigen Unterricht über die Europäische Union ausgeschrieben. Mit diesem Preis sollen



bewährte Methoden für den Unterricht über die Europäische Union aus jedem Mitgliedstaat ermittelt und ausgezeichnet werden. Diese erfolgreichen Verfahren werden durch den Comenius-Preis bekanntgemacht, weiterverbreitet und als Beispiele für Schulen in demselben Mitgliedstaat und darüber hinaus genutzt.

Im Rahmen der Aktion werden bis zu 28 Preise in Höhe von jeweils 8.000 Euro vergeben, einer in jedem EU-Land.

Teilnahmeberechtigt sind Sekundarschulen in der Europäischen Union. Die **Bewerbungsfrist endet am 6. Februar 2020**. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 01/2020*

Zu den [Anmeldeunterlagen](#)



Ausschreibungshinweis vom Auswärtigen Amt

Praktikum bei der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission in Brüssel

Für europarechtlich interessierte Masterstudent/innen, Doktorand/innen und Referendar/innen besteht die Möglichkeit, bei der Generaldirektion Wettbewerb (DG COMP) ein drei bis fünf monatiges Praktikum zu absolvieren und so wichtige Einblicke in die tägliche Arbeitspraxis der Europäischen Kommission zu erhalten.

DG COMP ist als europäische Aufsichtsbehörde im Bereich Kartelle, Beihilfen und Unternehmensfusionen mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet. Auch für Praktikanten bedeutet dies selbständiges und verantwortungsvolles Arbeiten auf höchstem Verwaltungsniveau. Die komplexen Fälle machen häufig eine enge Zusammenarbeit mit Regierungen und Unternehmen notwendig, um ein Funktionieren des europäischen Binnenmarktes zu gewährleisten. Die vielseitige Arbeit der Referenten erfordert hierbei neben einer ausgeprägten Problemlösungskompetenz auch ein Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge.

Als Praktikant/in arbeiten Sie während Ihrer Station eng mit den Referenten als Teil eines "Case Teams" zusammen. Ihre Aufgaben umfassen hierbei sowohl investigative Arbeiten, als auch das Verfassen von Vermerken und die Mitarbeit an Kommissionsentscheidungen. Erwartet werden von den Bewerber/innen Interesse an den Grundlagen der Wettbewerbspolitik der Europäischen Union, gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift, Freude an der Tätigkeit in einem internationalen Team, sowie die Fähigkeit und Bereitschaft zu selbständiger Arbeit. Weitere Fremdsprachenkenntnisse sind von Vorteil.

17

Wichtiger Hinweis: Bewerbungen sind auch außerhalb des offiziellen „Blue Book“ Programms möglich. (siehe WS 03/20)

Bewerben können sich Interessierte direkt bei Frau Daniela Bremer:

COMP-VISITORS-SCHEME@ec.europa.eu

• *eag Quelle: Rundmail AA vom 20. Januar 2020*



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungs- gesuch Horizon 2020 Italien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Entwicklung eines innovativen Resektoskops zur trans-urethralen Resektion der Blase Ein italienisches Forschungsteam sucht nach Partnern, um ein Konsortium für einen FET-Open-Antrag zu bilden. Ziel ist die Entwicklung eines innovativen Resektoskops für die trans-urethrale Resektion der Blase (TURB). Die gesuchten Partner sollten Experten sein: a) in der Entwicklung neuartiger Resektoskop-Schleifen und/oder in den bioelektrischen Eigenschaften von Geweben; b) in der Optik medizinischer Geräte und ihrer physikalischen Schnittstelle mit einem Operator c) in der KI-basierten Bilderkennung und -analyse, Augmented Reality Die gesuchten Partner könnten KMU oder Forschungseinrichtungen/Universitäten sein. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/4742459a-d01a-48e7-9186-1158c58122ad Referenznummer: RDIT20200116001



Technologie-gesuch Albanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Albanischer Hersteller von Goldschmuck sucht nach Technologielinie für die Gold- und Silberverarbeitung Ein albanisches Unternehmen mit Sitz in Tirana, das in der Herstellung und Verarbeitung von Gold- und Silberschmuck tätig ist, sucht Partner mit Erfahrung in der Herstellung technologischer Ausrüstungen für die Gold- und Silberverarbeitung, um eine kommerzielle Vereinbarung mit technischer Unterstützung zu treffen. Dies würde sich direkt auf die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens auswirken, indem es das Design und die Entwicklung neuer Schmuckmodelle mit geringeren Kosten gewährleistet. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/cb5f58e0-4fdf-47fb-b52e-632a8c65eef8 Referenznummer: TRAL20190516001
Technologie-gesuch Niederlande	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Lösungen zur Beschleunigung der digitalen Kompetenz in der Bildung gesucht Ein führender niederländischer IT-Lieferant sucht innovative KMU und Start-ups aus Europa, die Lösungen zur Beschleunigung und Verbesserung der Implementierung von digitaler Kompetenz in der Bildung anbieten. In der Gesellschaft müssen die digitalen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen erheblich verbessert werden. Die Zusammenarbeit würde im Rahmen eines Forschungs- oder technischen Kooperationsabkommens erfolgen. Diese Forderung bezieht sich auf eine Innovationsherausforderung, die auf einer offenen Plattform veröffentlicht wird. Gesucht werden insbesondere: <ul style="list-style-type: none">- IT-Spezialisten- IT-Innovation



		<ul style="list-style-type: none">- Neue Modelle der Zusammenarbeit- Unternehmensberatung- Prozessmanagement- Kreatives Denken (out of box)- E-Learning <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/b8eef356-f08b-4d29-a989-72f03d15e6aa</p> <p>Referenznummer: TRNL20200107001</p>
Technologie-gesuch Vereinigtes Königreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Britischer Hersteller von Polymer-Oberflächenbeschichtungen sucht Kooperationspartner zur Entwicklung neuer Lösungen Ein britisches Polymer-Beschichtungsunternehmen, das 40 Jahre Erfahrung in der Entwicklung von Oberflächenbeschichtungslösungen hat, sucht Kooperationspartner, um neue Produkte im Rahmen einer technischen Kooperationsvereinbarung oder auf der Basis eines Joint Ventures zu entwickeln und neue und innovative Beschichtungslösungen zu entwickeln. Potenzielle Partner sollten etablierte Unternehmen sein, die Erfahrung in der Entwicklung neuer Beschichtungstechnologien haben und in einer Reihe von Marktsektoren arbeiten. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/ffd43e83-e6c8-46bd-9574-69ebae10c89c Referenznummer: TRUK20200110001

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Neu in der LV - Martina Denck, Hospitantin

Nach langjähriger Tätigkeit im Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Altmark bot sich mir -Martina Denck- nun die Möglichkeit, vom 20. Januar bis zum 19. Mai am Hospitantenprogramm des Landes Sachsen-Anhalt teilzunehmen.

Als studierte Geologin leite ich nach langjähriger Tätigkeit im Bereich der Altlastensanierung und Abfallwirtschaft, seit 2003 das Sachgebiet Ländlicher Raum im Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Altmark (ALFF), Standort Stendal. Einen Schwerpunkt der Arbeitsaufgaben bildet hier die Förderung in den Förderprogrammen Dorferneuerung, Ländlicher Tourismus und Ländlicher Wegebau, die zu einem Großteil mit Mitteln der Europäischen Union und demzufolge auch unter Einhaltung von EU Vorgaben erfolgt. Hierbei werden auch Vorhaben gefördert, die den Leaderansatz verfolgen, der EU weit in der Förderung eine hohe Bedeutung einnimmt.

Ich möchte mit meiner Hospitation in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt zunächst mehr über die Arbeit einer Landesvertretung erfahren. Darüber hinaus interessiert mich natürlich, welche Themen werden derzeit in der Europäischen Union diskutiert, wie werden sie diskutiert und wie wird es letztendlich in Sachsen-Anhalt umgesetzt? Ich hoffe, dass ich vielleicht auch die Möglichkeit habe, an Konsultationen der Zahlstelle zu getroffenen Prüfungsfeststellungen im Zusammenhang mit Prüfungen durch Mitarbeiter der EU Institutionen teilzunehmen sowie an Gesprächen zur Vorbereitung der neuen Förderphase ab 2021.

Mit den hier gemachten Erfahrungen möchte ich meinen Kollegen die Arbeit der Europäischen Institutionen näher bringen und hoffe, den einen oder anderen Zusammenhang, insbesondere bei den Vorgaben der EU im Rahmen der Förderung, besser verstehen und dann vielleicht auch erklären zu können.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesvertretung für den freundlichen Empfang bedanken und freue mich auf eine interessante Zeit in Brüssel.

21

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.



In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms "Sachsen-Anhalt transnational".



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Die Beziehung der beiden EU-Mitgliedsstaaten Frankreich und Deutschland war jahrhundertlang von Kriegen und Feindschaft geprägt. Meilenstein für die vertrauensvolle Zusammenarbeit nach dem 2. Weltkrieg war der Élysée-Vertrag als deutsch-französischer Freundschaftsvertrag. Heute ist die deutsch-französische Beziehung durch zahlreiche gemeinsame Maßnahmen, Projekte und Institutionen gestärkt worden, nicht zuletzt durch die enge Zusammenarbeit in der EU.



1. Der 22. Januar ist der Jahrestag des Élysée-Vertrags und wird daher auch als Deutsch-Französischer Tag bezeichnet. Welches Jubiläum feierte der Deutsch-Französische Vertrag am Mittwoch?

- A) 57. Jubiläum
- B) 63. Jubiläum
- C) 75. Jubiläum

22

2. Ein Ziel des Élysée-Vertrags ist die Stärkung des gegenseitigen Schüler- und Studentenaustauschs zwischen Deutschland und Frankreich. Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) bzw. Office franco-allemand pour la Jeunesse (OFAJ) ist eine seit 1963 bestehende Organisation, die den deutsch-französischen Austausch auf verschiedenen Ebenen stärkt.

Wie viele Personen nahmen 2018 laut eigenen Angaben an den Programmen und Projekten des DFJWs teil?

- A) 84.965 Teilnehmende
- B) 126.578 Teilnehmende
- C) 175.845 Teilnehmende

3. Eine der beiden Partnerregionen Sachsen-Anhalts ist seit 2004 die französische Region Centre-Val de Loire (ehemals Centre). Welche der folgenden Aussagen ist / sind korrekt?

- A) Centre-Val de Loire ist eine von 16 Regionen in Frankreich und liegt im Zentrum des Landes.
- B) Die Fläche der Region Centre-Val de Loire ist etwa doppelt so groß wie die von Sachsen-Anhalt.
- C) Die Hauptstadt der Region Centre-Val de Loire ist Tours.
- D) In der größten Stadt in Center-Val de Loire wohnen etwa 100.000 EinwohnerInnen weniger, als in der Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt.



Lösung:

1. A) Der Élysée-Vertrag wurde am 22. Januar 1963 von dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle im Élysée-Palast in Paris unterzeichnet. Der offizielle Titel des Vertrags lautet „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit“. Neben regelmäßigen persönlichen Begegnungen zwischen Bundeskanzler und Staatspräsident wurden vor allem intensive Konsultationen und Absprachen in den Gebieten Außen-, Verteidigungs-, Bildungs- und Jugendpolitik vertraglich vereinbart. Konkret wollte man eine gemeinsame Position in außenpolitischen Fragen finden, gemeinsame Strategien in der Verteidigungs- und Rüstungspolitik entwerfen und in den Bereichen Wirtschaftspolitik sowie Jugend und Erziehung enger zusammenarbeiten, zum Beispiel beim Schüler- und Studentenaustausch.

Viele der im Vertrag geregelten Punkte werden heute durch die EU geregelt. Dennoch kam es im vergangenen Jahr zur Neuauflage des Élysée-Vertrags durch den Aachener Vertrag bzw. den „Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration“, der von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Emmanuel Macron am 22. Januar 2019 im Aachener Rathaus unterzeichnet wurde. Neue Vertragsziele sind unter anderem die Stärkung der kulturellen Vielfalt beispielsweise durch die Gründung einer gemeinsamen Kulturstiftung, sowie die Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik inklusive der gegenseitigen Hilfe in Krisensituationen.

2. C) Laut eigenen Angaben nahmen im Jahr 2018 175.845 Personen an den verschiedenen Programmen des Deutsch-Französischen Jugendwerks teil. Bei den insgesamt 7.900 Programmen handelt es sich sowohl um Einzelaustausch- als auch um Gruppenaustauschprogramme, wie beispielsweise Schüler- und Studierendenaustausche, Jugendbegegnungen, Praktika, Sprachkurse, Freiwilligendienste oder Austauschprogramme auf beruflicher Ebene. Insgesamt wurde seit 1963 schätzungsweise 9 Millionen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an einem Programm ermöglicht. Mit Standorten in Berlin und Paris sowie einer Außenstelle in Saarbrücken unterstützt das DFJW junge Menschen von 3 bis 30 Jahren. Die Hauptaufgabe hierbei ist es, die Verbindung zwischen Jugendlichen in Deutschland und Frankreich auszubauen und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen.

3. B); D) Die Region Centre-Val de Loire liegt im Zentrum Frankreichs und ist eine der 18 französischen Regionen, wovon jedoch fünf französische Überseegebiete sind. Die Hauptstadt der Region ist Orléans (116.00 EinwohnerInnen), wobei Tours mit etwa 138.000 BewohnerInnen, also ca. 100.000 EinwohnerInnen weniger als Magdeburg, die größte Stadt von Centre-Val de Loire ist. Mit einer Fläche von gut 20.500 km² ist Sachsen-Anhalt knapp halb so groß wie seine französische Partnerregion (39.150 km²). Dennoch leben in Centre-Val de Loire lediglich 300.000 EinwohnerInnen mehr als in Sachsen-Anhalt, insgesamt also etwa 2,5 Millionen.

Neben der Partnerregion in Frankreich pflegen auch Städte in Sachsen-Anhalt Partnerschaften mit französischen Städten. Eine solche Städtepartnerschaft besteht beispielsweise seit 2009 zwischen Magdeburg und Le Havre in der Normandie. Die Hafenstadt liegt am Ärmelkanal, unmittelbar an der Mündung der Seine.



Auch Halle (Saale) führt seit 1976 eine Städtepartnerschaft mit Grenoble in Frankreich. Grenoble befindet sich in der Region Auvergne-Rhône-Alpes und ist mit etwa 153.000 EinwohnerInnen die größte Hochgebirgsstadt der Alpen.

Ebenfalls um Frankreich geht es am **Freitag, den 31. Januar um 19 Uhr in der Europäischen Jugendbildungsstätte Magdeburg** (Lüttgen-Ottersleben 18A) bei den **Kamingesprächen**, und zwar um die „Gelbwesten-Proteste“. Zwei französische Freiwillige und ein Experte schildern ihre Sicht auf die Demonstrationen, weshalb die Menschen überhaupt auf die Straße gehen und wer sich dort einsetzt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Weitere Infos finden Sie hier:

<https://www.facebook.com/events/1066063817096310/> Bei Fragen können Sie sich wie immer an info@goeurope-lsa.de wenden. Wir freuen uns auf Sie!



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Martina Denck (MD)	Hospitantin	...34	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...14	E-Mail
Luise Böttcher (LB)	Praktikantin	...22	E-Mail
Katrina Glogger (KG)	Rechtsreferendarin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

